



Satzung des Bayerischen Handball-Verbandes e.V.

Stand: Verbandstag 2020

In allen Paragraphen dieser Satzung, in denen die männliche Form verwendet wird, ist auch die weibliche Form gemeint. Wo Vereine genannt sind, sind – wenn nicht anderes formuliert – auch die Spielgemeinschaften gemeint.

Inhaltsverzeichnis:

I. Allgemeine Bestimmungen	7
§ 1 Name, Sitz und Zweck.....	7
§ 2 Neutralität, Gemeinnützigkeit.....	7
§ 2a Vergütungen für die Verbandstätigkeit.....	7
§ 3 Aufgaben	8
§ 4 Unselbständige Untergliederungen.....	8
§ 5 Mitglieder des Verbandes	8
§ 6 Einzelpersonen	9
§ 7 Ende der Mitgliedschaft	9
§ 8 Wiederaufnahme.....	9
§ 9 Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder	9
II. Aktives und passives Wahlrecht	10
§ 10 Aktives Wahlrecht	10
§ 11 Passives Wahlrecht.....	10
§ 12 Rechte der Vereine.....	10
§ 13 Pflichten der Vereine.....	10
III. Rechtsgrundlagen	11
§ 14 Mitgliedschaften des Verbandes.....	11
§ 15 Maßgebende Bestimmungen	12
§ 16 Straf-, Ordnungs- und sonstige Maßnahmen, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel, Vollstreckung.....	12
IV. Organisation des Verbandes	14
A) Verwaltungsorgane	14
§ 17 Verwaltungsorgane des Verbandes.....	14
§ 18 Verwaltungsorgane der Bezirke	14
§ 19 Rechte und Pflichten der Organe und ihrer Mitglieder.....	14
B) Verwaltungsorgane des Verbandes	14
1. Der Verbandstag	14
§ 20 Termin, Wahlperiode.....	14
§ 21 Einberufung.....	15
§ 22 Zusammensetzung.....	15
§ 23 Berechnung der Zahl der Delegierten der Vereine und deren Wahl.....	15
§ 23 a Leitung des Verbandstages.....	15
§ 24 Stimmrecht	15
§ 25 Beschlussfähigkeit	16

§ 26 Abstimmungen	16
§ 27 Aufgaben	16
§ 28 Wahlen	16
§ 29 Anträge	17
§ 30 Öffentlichkeit	17
§ 31 Kosten	17
2. Der außerordentliche Verbandstag.....	17
§ 32 Außerordentlicher Verbandstag - Einberufung	17
§ 33 Delegierte zum außerordentlicher Verbandstag	17
§ 34 Bestimmungen	17
§ 35 Misstrauensanträge.....	18
§ 36 Kosten.....	18
3. Das Erweitertes Präsidium (EP).....	18
§ 37 Das Erweitertes Präsidium (EP)	18
§ 38 Einberufung	18
§ 39 Zusammensetzung.....	18
§ 40 Aufgaben	18
§ 41 Beschlussfähigkeit	19
§ 42 Anträge	19
§ 43 Teilnahmerecht	19
§ 44 Kosten.....	19
4. Das Präsidium.....	20
§ 45 Zusammensetzung des Präsidiums.....	20
§ 46 Aufgaben	20
§ 47 Beschlussfähigkeit	21
§ 48 Kosten.....	21
§ 49 Der Verbandspräsident	21
§ 50 Vizepräsidenten.....	22
§ 51 Vizepräsident Finanzen	22
§ 52 Vizepräsident Jugend und Mitgliederentwicklung	22
§ 53 Vizepräsident Leistungssport	22
§ 54 Vizepräsident Bildung.....	23
§ 55 Vizepräsident Recht.....	24
§ 56 Vizepräsident Spielbetrieb	24
§ 57 Vizepräsident Verbandsentwicklung.....	24

5. Weitere Verbandsgremien	24
§ 58 Stabsstellen beim Präsidium	24
§ 59 Finanzausschuss	25
§ 60 Verbandsjugendausschuss	25
§ 61 Ausschüsse des Ressorts Leistungssport	25
a) Ausschuss für Leistungssport.....	25
b) Trainerkommission	26
§ 62 Bildungsausschuss	26
§ 63 Rechtsausschuss	27
§ 64 Satzungskommission	27
§ 65 Ausschuss für Verbandsentwicklung	27
§ 65a Ausschuss für digitale Entwicklung.....	28
§ 66 Spielausschuss	28
§ 67 Jugendspielausschuss	29
§ 68 Ausschuss für Gleichstellung und soziale Themen	30
§ 69 Fachausschüsse	30
6. Organisation im Jugendbereich	30
§ 70 Vertretung der Jugend im BHV	30
7. Gerichtsbarkeit des Verbandes	31
§ 71 Rechtsorgane.....	31
§ 72 Verfahrensregelungen.....	31
V. Die Bezirke	31
A) Der Bezirkstag	31
§ 73 Der Bezirkstag.....	31
§ 74 Termin – Wahlperiode.....	31
§ 75 Einberufung	32
§ 76 Teilnahmepflicht.....	32
§ 77 Zusammensetzung.....	32
§ 78 Stimmberechtigte.....	32
§ 79 Beschlussfassung	33
§ 80 Aufgaben	33
§ 81 Antragsberechtigte.....	33
§ 82 Wahlen	33
§ 83 Öffentlichkeit.....	34
§ 84 Kosten.....	34

B) Der Außerordentliche Bezirkstag	34
§ 85 Einberufung	34
§ 86 Termin	34
§ 87 Zusammensetzung.....	34
§ 88 Misstrauensanträge.....	34
§ 89 Geltende Vorschriften	34
C) Die Bezirksspielleitung	34
§ 90 Zusammensetzung der Bezirksspielleitung	34
§ 90 a Regionalbeauftragter Aschaffenburg/Miltenberg.....	35
§ 91 Einberufung	35
§ 92 Wahl der Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden - Vertretungsrecht	35
§ 93 Berufung von Referenten	35
§ 94 Berufung von Ersatzleuten	35
§ 95 Doppelfunktionen.....	36
§ 96 Leitung des Bezirkes und Aufgaben der Bezirksspielleitung	36
§ 97 Beschlussfähigkeit	36
§ 98 Kosten.....	36
D) Der Bezirksvorsitzende	37
§ 99 Bezirksvorsitzender	37
VI. Externes Fachwissen	37
§ 100 Zuziehung anderer Mitarbeiter und Dritter	37
VII. Amtszeit	37
§ 101 Dauer der Amtszeit.....	37
VIII. Finanzwirtschaft	38
§ 102 Allgemeine Grundsätze der Finanzwirtschaft	38
§ 103 Haushaltsplan und Nachtragshaushalt.....	38
§ 104 Jahresabschlüsse	38
§ 105 Buch- und Kassenprüfung.....	38
§ 106 Verbandsvermögen	38
§ 107 Finanzordnung.....	38
IX. Datenschutz	39
§ 108 Zulässigkeit der Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung	39
§ 109 Auskunftserteilung	40
§ 110 Übermittlung von personenbezogenen Daten.....	40
§ 111 Datenschutzbeauftragter	40

X. Schlussbestimmungen	40
§ 112 Haftung des Verbandes	40
§ 113 Auflösung des Verbandes	40
§ 114 Satzungsstreitigkeiten	40
§ 115 Niederschriften	41
§ 116 Amtliche Bekanntmachungen	41
§ 117 Inkrafttreten	41

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name, Sitz und Zweck

- (1) ¹ Der Bayerische Handball-Verband e.V. im BLSV, gegründet im Jahr 1946, hat seinen Sitz in München. ² Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen. ³ Gerichtsstand ist München.
- (2) Seine Farben sind weiß-blau.
- (3) Der Bayerische Handball-Verband (BHV) ist die Vereinigung aller dem Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV) angehörenden bayerischen Sportvereine, die den Handballsport betreiben.

§ 2 Neutralität, Gemeinnützigkeit

¹ Der BHV führt seine Aufgaben in parteipolitischer, konfessioneller und rassistischer Neutralität durch. ² Er tritt für religiöse und weltanschauliche Toleranz ein und bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. ³ Der BHV verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Bereich des Sports nach näherer Maßgabe von § 3 und damit im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. ⁴ Der BHV ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. ⁵ Mittel des BHV dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. ⁶ Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des BHV. ⁷ Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des BHV fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 2a Vergütungen für die Verbandstätigkeit

- (1) Die Ämter im BHV werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.
- (2) ¹ Bei Bedarf können Verbandsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer angemessenen - auch pauschalieren - Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. ² Insbesondere können zur Erledigung von Geschäftsführungsaufgaben hauptamtliche Beschäftigte angestellt werden.
- (3) Die Entscheidung über eine entgeltliche Verbandstätigkeit nach Absatz 2 trifft das Präsidium. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.
- (4) ¹ Im Übrigen haben die Mitarbeiter des Verbandes einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verband entstanden sind. ² Das Nähere regelt die Finanzordnung.
- (5) ¹ Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. ² Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.
- (6) Vom Präsidium kann beschlossen werden, die Aufwandsentschädigung nach Absatz 2 und den Aufwendungsersatz nach Absatz 5 im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten auf Pauschalbeträge und Pauschalsätze zu begrenzen.
- (7) § 107 bleibt unberührt.

§ 3 Aufgaben

- (1) ¹ Der BHV fördert, verbreitet und pflegt den Handballsport für alle Altersklassen beiderlei Geschlechts; dabei ist die Jugendarbeit unter Beachtung der sportlichen und kulturellen Belange besonders zu pflegen. ² Innerhalb der Jugendarbeit ist dem Schulsport besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.
- (2) Er vertritt die Interessen der ihm angeschlossenen Vereine gegenüber Dritten, insbesondere sportlichen und öffentlichen Stellen.
- (3) Innerhalb seines Verbandsgebietes regelt er die Organisation und die Durchführung des Spielbetriebes.
- (4) ¹ Er sorgt für die sportärztliche Betreuung der aktiven Spieler und Spielerinnen, besonders der Jugendlichen. ² Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird vom Präsidenten ein Verbandsarzt berufen.
- (5) Er übt die planmäßige Lehrtätigkeit auf sportlichem und verwaltungstechnischem Gebiet aus.
- (6) Er erlässt die notwendigen Ordnungen und sonstigen Bestimmungen und überwacht deren Einhaltung.
- (7) Er ahndet Verstöße gegen Satzung, Ordnungen und Bestimmungen und erledigt sonstige Streitfälle, sofern sie in seine Entscheidungsbefugnis fallen.

§ 4 Unselbständige Untergliederungen

- (1) ¹ Der BHV gliedert sich in acht Bezirke (Nummern 1 – 8). ² Deren weitere Bezeichnung und die Zuordnung der Vereine zu diesen Bezirken ergeben sich aus der Ordnung über die Bezirke.
- (2) Die Zuordnung der Vereine zu den Bezirken kann durch den Verbandstag oder das Erweiterte Präsidium (EP) zum Beginn eines Spieljahres geändert werden.
- (3) ¹ Neu oder wieder aufgenommene Vereine werden vom Präsidium vorläufig bis zur nächsten Sitzung des EP einem Bezirk zugeordnet. ² Derartige Beschlüsse sind zur endgültigen Entscheidung auf die Tagesordnung der nächsten EP-Sitzung zu setzen.
- (4) ¹ Auf Antrag kann das Präsidium nach Anhörung der Spielleitung des betroffenen Bezirks einem Verein genehmigen, am Spielbetrieb eines anderen Landesverbandes teilzunehmen. ² Diese Vereine werden in allen verwaltungstechnischen Angelegenheiten ihrem Stammbezirk zugerechnet.

§ 5 Mitglieder des Verbandes

- (1) ¹ Jeder Verein, der Mitglied des BHV werden will, muss Mitglied des BLSV sein. ² Dies gilt auch für alle Vereine, die eine Spielgemeinschaft bilden. ³ Einzelpersonen können die Mitgliedschaft im BHV nicht erwerben.
- (2) ¹ Gegenüber dem BLSV ist der Verein zur Meldung aller seiner Mitglieder verpflichtet, also aller aktiven und passiven Jugendlichen und Erwachsenen. ² Neuzugänge und Abgänge sind sofort namentlich zu melden.
- (3) ¹ Nach Aufnahme in den BLSV ist ein schriftlicher Antrag auf Zulassung zum Spielbetrieb an die Geschäftsstelle des BHV zu richten. ² Der Antrag muss die Erklärung beinhalten, dass die Satzungen und Ordnungen des BHV und des DHB anerkannt werden. ³ Dem Antrag sind zwei Exemplare der zurzeit der Antragstellung geltenden Satzung des Vereins und eine Bestätigung des zuständigen Finanzamts über die Gemeinnützigkeit beizufügen. ⁴ Im Falle der Gefährdung des Vereinszwecks des BHV durch Aufnahme des Antragstellers kann der Antrag abgelehnt werden. ⁵ Der BHV bestätigt die Aufnahme des Vereins durch eine Veröffentlichung im amtlichen Organ des BLSV.
- (4) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für Vereine auch für Spielgemeinschaften.

§ 6 Einzelpersonen

- (1) ¹ Einzelpersonen, die am Spielbetrieb des BHV teilnehmen wollen, müssen Mitglied eines Vereins sein, der seinerseits Mitglied des BHV ist. ² Ausnahmen gelten für Spieler, die sich vertraglich an einen Verein gebunden haben, um dort den Handballsport auszuüben (Vertragsspieler).
- (2) ¹ Die Teilnahme am Spielbetrieb ist nur zulässig, wenn sich die Einzelperson der Satzung und den Ordnungen des BHV und des DHB, insbesondere deren Strafgewalt, unterwirft. ² Dies hat schriftlich sowohl bei der Beantragung als auch bei der Erteilung einer Spielberechtigung zu erfolgen.
- (3) ¹ Die Spielberechtigung kann im Regelfall nur für einen Verein erteilt werden, soweit die Spielordnung (SpO) keine Ausnahmen zulässt. ² Dagegen ist die Mitgliedschaft gleichzeitig in mehreren Vereinen zulässig.

§ 7 Ende der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch:
 - a) satzungsgemäße Auflösung eines Vereins, die durch Protokoll nachgewiesen wurde,
 - b) schriftliche Austrittserklärung,
 - c) Ausschluss aus dem BLSV,
 - d) Ausschluss aufgrund eines Beschlusses des Präsidiums, wenn der Verein
 - aa) seine Pflichten als Mitglied gröblich verletzt und die Verletzung trotz Mahnung fortsetzt,
 - bb) seinen dem BHV gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten trotz wiederholter Aufforderung nicht nachkommt.
 - cc) sich verbandsschädigend verhält oder in sonst grober Weise das Ansehen des BHV mindert,
 - dd) seine Gemeinnützigkeit verliert,
 - e) Behördliche Verfügung nach § 73 BGB.
- (2) ¹ Gegen einen Beschluss des Präsidiums nach Absatz 1 Buchst. d) kann innerhalb einer Frist von vier Wochen das Verbandsgericht angerufen werden, das in der Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern entscheidet. ² Der Vollzug ist bis zur Entscheidung des Verbandsgerichts ausgesetzt. ³ Die Entscheidung des Verbandsgerichts ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.

§ 8 Wiederaufnahme

- (1) Die Wiederaufnahme eines rechtskräftig aus dem BHV ausgeschlossenen Vereins ist zulässig.
- (2) ¹ Über die Wiederaufnahme in den BHV entscheidet nach Anhörung des Antragstellers und des Präsidiums das Verbandsgericht. ² Dessen Entscheidung ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.

§ 9 Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder

- (1) Der Verbandstag kann Personen, die sich um den Handballsport oder den BHV besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenpräsidenten oder zu Ehrenmitgliedern ernennen.
- (2) Die Bezirkstage können Personen, die sich um den Handballsport im Bezirk besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenvorsitzenden oder zu Ehrenmitgliedern des Bezirks ernennen.
- (3) Ehrenpräsidenten und Ehrenvorsitzende haben beratende Stimme am Verbandstag oder Bezirkstag.
- (4) Die Ehrenvorsitzenden der bisherigen Bezirke und Kreise haben beratende Stimme am Bezirkstag des Be-

zirks, zu dem ihr Verein gehört.

II. Aktives und passives Wahlrecht

§ 10 Aktives Wahlrecht

¹Aktives Wahlrecht haben alle Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, bei Bezirksjugendtagen alle Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben.²Eine Ausnahme hiervon gilt für die Wahl der Verbands- und Bezirksjugendsprecher. ³Bei der Wahl der Verbandsjugendsprecher sind nur die Bezirksjugendsprecher wahlberechtigt, bei der Wahl der Bezirksjugendsprecher nur die jugendlichen Vereinsvertreter.

§ 11 Passives Wahlrecht

- (1) ¹Passives Wahlrecht haben alle Personen, die volljährig sind. ²Bei der Wahl zu Jugendsprechern auf allen Ebenen gilt als untere Altersgrenze die Vollendung des 14., als obere die des 23. Lebensjahres.
- (2) Berufssportler sind nicht wählbar.
- (3) Wiederwahl ist ohne Begrenzung möglich mit Ausnahme der Kassenprüfer auf Verbands- und Bezirksebene, deren Wiederwahl nur einmal zulässig ist.
- (4) Als Kassenprüfer dürfen nur Personen gewählt werden, die kein Amt innerhalb der gleichen Verwaltungsebene ausüben oder die Angestellte des BHV sind.

§ 12 Rechte der Vereine

- (1) Die Vereine sind nach den Bestimmungen dieser Satzung sitz-, stimm- und antragsberechtigt bei den Tagungen des Verbandes.
- (2) Zur Ausübung ihrer handballsportlichen Tätigkeit haben sie unter Berücksichtigung ihrer sportlichen Qualifikation Anspruch darauf, vom BHV innerhalb seines Spielbetriebs berücksichtigt zu werden.
- (3) Bei den vom BHV angeordneten Veranstaltungen, an denen sie beteiligt sind, steht ihnen das Recht auf den festgesetzten Anteil an den Einnahmen zu.
- (4) In allen Verbandsangelegenheiten haben sie das Recht zur Kritik innerhalb der Grenzen der Sachlichkeit und der Wahrung der Verbandsinteressen, auch soweit sie selbst daran beteiligt sind.
- (5) Vereine können auf Antrag durch das Präsidium des BLSV Rechtsschutz erhalten, sofern sie durch ihren Sportbetrieb in grundsätzlichen Fragen des Sportes in ein Rechtsverfahren verwickelt werden.

§ 13 Pflichten der Vereine

- (1) Die Vereine sind verpflichtet, zum Wohle der Handballspielenden und der Vereine ständig konstruktiv mit dem BHV, seinen Organen und seinen Mitarbeitern zusammenzuarbeiten.
- (2) Sie haben alle Anordnungen der Organe und Mitarbeiter des Verbandes zu befolgen, die im Interesse des Handballsports und einer geordneten Verwaltung erlassen werden.
- (3) Sie haben die festgesetzten Abgaben, Umlagen, Gebühren, Spielbeiträge, Spielabgaben, Auslagen, Geldstrafen, Geldbußen und Bekanntmachungskosten sowie sonstige in der Satzung und in den Ordnungen festgelegten Beiträge, Abgaben, Auslagen und Gebühren innerhalb der festgesetzten Fristen zu entrichten.

- (4) Sie müssen genaue und rechtsverbindliche Angaben über alle aktiven und passiven Mitglieder in der vom BLSV angeordneten Bestandserhebung in der Spalte „Handball“ machen.
- (5) Sie müssen die vorgeschriebenen Vordrucke verwenden und die Druckschriften der amtlichen Organe des BHV, DHB und BLSV beziehen, soweit deren Verwendung bzw. Bezug für alle verbindlich vorgeschrieben ist.
- (6) ¹Sie müssen ordnungsgemäße Bücher zum Zwecke des Nachweises der Gemeinnützigkeit führen und diese bei der Anforderung durch den BHV befristet zum Nachweis der Einhaltung der Gemeinnützigkeit vorlegen. ²Eine Änderung des Status der Gemeinnützigkeit bei seinen Mitgliedern ist von diesen dem BHV und dem BLSV sofort anzuzeigen.
- (7) Sie sind verpflichtet, eine für die Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Spielbetriebes ausreichende Zahl von Schiedsrichtern, Zeitnehmern und Sekretären zu stellen.
- (8) ¹Sie haben sicherzustellen, dass keine Nichtmitglieder am Spielbetrieb des BHV teilnehmen. ²Sie müssen weiter ihre Mitglieder über die beim BLSV bestehende Sportunfall- und Haftpflichtversicherung aufklären und auftretende Versicherungsfälle termingerecht melden und bearbeiten. ³Ausnahmen gelten für Vertragsspieler.
- (9) ¹Die Vereine haften gegenüber dem BHV für alle sich aus der Zusammenarbeit und der Teilnahme am Spielbetrieb ergebenden Forderungen. ²Sie haften voll neben ihren Mitgliedern, ohne dass zuerst die Mitglieder in Anspruch genommen werden müssen (gesamtschuldnerische Haftung ohne Einrede der Vorausklage), für alle Forderungen, die der BHV gegen die Mitglieder der Vereine aus der Teilnahme am Spielbetrieb, gleichgültig ob als Spieler, Trainer, Schiedsrichter, Offizieller, Zuschauer oder Teilnehmer in sonstiger Funktion hat.
- (10) Der Verein haftet für alle Personen, die für ihn handeln.
- (11) ¹Bei der Verschmelzung von Vereinen durch Aufnahme oder Neugründung haftet der aufnehmende bzw. neue Verein für die Verpflichtungen der alten Vereine. ²Bei Verschmelzung nach Abspaltung haftet der aufnehmende bzw. neu gegründete Verein für die Verpflichtungen, die vor der Abspaltung gegenüber dem BHV bestanden haben. ³Dies gilt unabhängig davon, ob eine Spielklassenübertragung stattfindet oder nicht.
- (12) ¹Die Vereine sind zur Nutzung und Teilnahme am Zahlungsverkehr sowie an der elektronischen Kommunikation mit dem BHV verpflichtet. ²Sie sind insbesondere verpflichtet
- a) auf Verlangen des Präsidiums am Lastschriftverfahren teilzunehmen und einen Telefaxzugang sowie eine E-Mailadresse einzurichten, an einem zentralen E-Mail-System teilzunehmen oder zentral erstellte E-Mails von ihrem elektronischen Postfach oder E-Mail-Account abzuholen,
 - b) auf Verlangen des Präsidiums ein Spielergebnis unverzüglich bzw. in einem vom Präsidium beschlossenen Zeitrahmen an eine vorgegebene Stelle und auf eine vorgegebene Weise zu melden,
 - c) auf Verlangen des Erweiterten Präsidiums den elektronischen Spielbericht (Spielbericht online) zu benutzen und die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
 - d) auf Verlangen des Erweiterten Präsidiums auf den Mitgliedsvereinen zuzurechnenden Internetseiten, Hallenzeitungen oder sonstigen Veröffentlichungen oder auf Eintrittskarten oder bei Wettkämpfen (insbesondere Banden, Anzeigetafeln) ein Logo des BHV und/oder die Internetadresse bzw. einen Internetlink des BHV anzubringen.

III. Rechtsgrundlagen

§ 14 Mitgliedschaften des Verbandes

¹Der BHV ist Mitglied des BLSV und des DHB. ²Er regelt seine Angelegenheiten im Rahmen seiner Satzung und

Ordnungen selbst, soweit diese den Satzungen des BLSV und des DHB sowie den für verbindlich erklärten Ordnungen des DHB nicht entgegenstehen.

§ 15 Maßgebende Bestimmungen

- (1) ¹Die Satzung und die Ordnungen sowie die Entscheidungen, die der BHV im Rahmen seiner Zuständigkeit erlässt, sind für seine Organe, seine Verwaltung, die Vereine und deren Vereinsmitglieder bindend. ²Gleiches gilt für die in der Satzung des DHB für allgemeinverbindlich erklärten Ordnungen und Entscheidungen des DHB und seiner Organe sowie für die Entscheidungen der Gerichtsbarkeit des DHB. ³Im Übrigen gelten für die Vereine, die am Spielbetrieb des DHB teilnehmen, deren Satzung und Ordnungen.
- (2) Rechtsgrundlagen sind aus dem Bereich des BHV:
 - a) die Satzung,
 - b) die Zusatzbestimmungen zur Spielordnung, Rechtsordnung und zur Trainerordnung des DHB,
 - c) die Jugendordnung,
 - d) die Schiedsrichterordnung,
 - e) die Finanzordnung,
 - f) die Ehrenordnung,
 - g) die Geschäftsordnung,
 - h) die Ordnung über die Bezirke.
- (3) Rechtsgrundlagen sind aus dem Bereich des DHB:
die in seiner Satzung für verbindlich erklärten Ordnungen, Richtlinien und Reglements.
- (4) Soweit erforderlich, können weitere Ordnungen oder Zusatzbestimmungen zu Ordnungen des DHB vom Verbandstag oder vom EP bis zum folgenden Verbandstag beschlossen oder bestehende geändert werden.

§ 16 Straf-, Ordnungs- und sonstige Maßnahmen, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel, Vollstreckung

- (1) ¹Die Vereine als Mitglieder des BHV, die Mitglieder der Handballvereine, insbesondere soweit sie sich aktiv oder passiv am Spielbetrieb beteiligen, die Mitglieder der verschiedenen Organe, Personen, die sonstige Aufgaben für den BHV und seine Bezirke wahrnehmen, sowie andere Personen, insbesondere Zuschauer, soweit sie Mitglied eines dem BHV angehörenden Vereines sind, unterliegen der Ordnungs- und Strafgewalt des BHV und des DHB. ²Geahndet werden können dabei Verstöße gegen vom DHB übernommenes Recht und gegen die Satzung, die aufgrund dieser Satzung erlassenen Ordnungen, die aufgrund dieser Normen erlassenen weiteren Ordnungswidrigkeitstatbestände und andere Anordnungen sowie gegen die Handballregeln.
- (2) Die Ahndung nach Absatz 1 erfolgt durch Verwaltungsinstanzen, insbesondere die Spielleitenden Stellen und die Schiedsrichterwarte, das Präsidium und die Rechtsorgane des BHV und des DHB.
- (3) Zur Ahndung von Verstößen können die oben Genannten im Rahmen ihrer Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungen treffen bzw. Sanktionen verhängen:
 - a) Strafen:
 - aa) Verweis,
 - bb) ¹ persönliche Sperre bis zu 48 Monaten, bei Dopingvergehen im Wiederholungsfall bis auf Lebenszeit. ² Spielsperre für bestimmte Wettbewerbe; ausschließlich mannschafts- und spielbezogene (automatische) Sperren.

- cc) Mannschaftssperre bis zu 30 Monaten,
- dd) Abteilungssperre bis zu 30 Monaten,
- ee) Platz- und Hallensperre bis zu 30 Monaten,
- ff) Geldstrafe von 25,00 € bis 20.000. €, bei Dopingvergehen bis zu 100.000 €,
- gg) Spielverlust,
- hh) Aberkennung von bis zu acht Punkten vor und während der Saison,
- ii) Ausschluss vom Spielbetrieb für den Rest des Spieljahres,
- jj) Nichtzulassung zum Spielbetrieb,
- kk) Entbindung von der Amtstätigkeit,
- ll) Amtsenthebung unter gleichzeitiger Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines Amtes
- mm) Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines Amtes oder zur Wahrnehmung einer Funktion im Bereich des BHV oder DHB für die Dauer von bis zu 5 Jahren,
- nn) Entziehung der Spielervermittlerlizenz oder befristetes Verbot zur Ausübung der Lizenz (Sperre) für die Dauer von bis zu zwei Jahren,
- oo) Entziehung der Trainer- und / oder Übungsleiterlizenz oder befristetes Verbot zur Ausübung der Trainer und / oder Übungsleitertätigkeit (Sperre) für die Dauer von bis zu zwei Jahren.

a) Geldbußen

Wegen Ordnungswidrigkeiten können Geldbußen bis 20.000,00 € verhängt werden.

b) Als Maßnahmen können angeordnet werden:

- aa) Spielaufsicht,
- bb) Aufsicht durch einen Technischen Delegierten,
- cc) Spielwiederholung.

c) Sonstige Geldleistungen: Verpflichtung zur Zahlung von Auslagen, Gebühren und Bekanntmachungskosten.

d) Bei Rechtsstreiten vor der verbandsinternen Gerichtsbarkeit dürfen für Verfahrensauslagen und Gebühren Vorschüsse verlangt werden.

- (4) ¹ Die Entscheidungen der Verwaltungsinstanzen, die mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen sein sollen, unterliegen der Kontrolle durch die Rechtsorgane. ² Der von einer Entscheidung unmittelbar Betroffene kann gegen diese Entscheidung, unter Einhaltung der in der Rechtsordnung näher festgelegten Zulässigkeitsvoraussetzungen, insbesondere den Frist- und Formvorschriften, schriftlich Einspruch einlegen. ³ Der Einspruch ist bei dem zuständigen Rechtsorgan oder bei der Geschäftsstelle des BHV einzulegen. ⁴ Das Vorstehende gilt im Falle der Stellung von Anträgen entsprechend.
- (5) ¹ Die Entscheidungen der Gerichte unterliegen der Nachprüfung durch übergeordnete Gerichte. ² In der Regel umfasst der Rechtsweg drei Instanzen. ³ Eine Entscheidung eines Gerichtes (Urteil oder Beschluss) kann mit der Beschwerde, der Berufung oder der Revision angefochten werden. ⁴ Die Art, Frist und Form des Rechtsmittels und das Gericht, bei dem es einzulegen ist, ergeben sich aus der der Entscheidung beigefügten Rechtsbehelfsbelehrung.
- (6) Wird eine Verwaltungs- oder eine Gerichtsentscheidung nicht angefochten oder unanfechtbar, kann gegen den Betroffenen durch den BHV oder die in der Satzung und den Ordnungen Vorgesehenen vollstreckt werden.

IV. Organisation des Verbandes

A) Verwaltungsorgane

§ 17 Verwaltungsorgane des Verbandes

- (1) Der Verbandstag (VT),
- (2) der Verbandsjugendtag (VJT),
- (3) das Erweiterte Präsidium (EP),
- (4) das Präsidium (P),

§ 18 Verwaltungsorgane der Bezirke

- a) der Bezirkstag (BT),
- b) der Bezirksjugendtag (BJT),
- c) die Bezirksspielleitung (BSL)

§ 19 Rechte und Pflichten der Organe und ihrer Mitglieder

- (1) Jede Mitarbeit innerhalb aller Organe setzt die Mitgliedschaft bei einem dem BHV angehörenden Verein voraus.
- (2) Alle gewählten und berufenen Mitglieder üben ihr Amt ehrenamtlich aus.
- (3) ¹Sämtliche Organe sind zu unparteiischer Amts- bzw. Geschäftsführung nach bestem Wissen und Gewissen verpflichtet. ²Gegenüber Außenstehenden haben sie über alle Vorkommnisse Stillschweigen zu bewahren. ³Verbindliche Auskünfte an Dritte dürfen sie nur erteilen, wenn ein entsprechender Beschluss vorliegt.
- (4) ¹Verbandsmitarbeiter dürfen an Beratungen und Entscheidungen über eigene oder ihren Verein betreffende Angelegenheiten nicht teilnehmen. ²Es ist ihnen jedoch gestattet, ihren Verein bei Verhandlungen aller Art vor übergeordneten Instanzen zu vertreten.
- (5) ¹Alle Organe sind berechtigt, in Fällen, für die die Satzung und die Ordnungen keine Vorschriften enthalten, Anordnungen zu erlassen. ²Sie haben das Recht, das Befolgen ihrer Anordnungen durch Geldbußen zu erzwingen.
- (6) ¹Die Verbandsmitarbeiter werden auf Antrag vom BHV mit einem Ausweis ausgestattet. ²Dieser berechtigt in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis zu freiem Eintritt bei allen Meisterschaftsspielen einschließlich der bayerischen Oberligen.

B) Verwaltungsorgane des Verbandes

1. Der Verbandstag

§ 20 Termin, Wahlperiode

¹Der ordentliche Verbandstag als höchstes Verwaltungsorgan des BHV findet alle drei Jahre statt. ²Der Termin ist sechs Monate vorher vom Präsidium schriftlich den Bezirksspielleitungen bekannt zu geben.

§ 21 Einberufung

¹ Der Verbandstag wird vom Präsidium einberufen. ² Die Einberufung muss sechs Wochen vor dem Verbandstag unter gleichzeitiger Bekanntgabe von Ort, Zeit und Tagesordnung auf der Internetseite des Verbandes erfolgen und den Delegierten spätestens drei Wochen vor dem Verbandstag wenigstens in Textform zugehen. ³ Die Behandlung von Anträgen auf Satzungsänderung muss mit deren Inhalt in der Tagesordnung enthalten sein.

§ 22 Zusammensetzung

Der Verbandstag setzt sich zusammen aus

- (1) den gewählten Delegierten der Vereine,
- (2) den Mitgliedern des EP,
- (3) den Ehrenpräsidenten und Ehrenmitgliedern des BHV,
- (4) den Kassenprüfern.

§ 23 Berechnung der Zahl der Delegierten der Vereine und deren Wahl

- (1) Die Gesamtzahl der von den Vereinen zu wählenden Delegierten ist dreimal so hoch wie die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des EP.
- (2) ¹ Die jedem Bezirk zustehende Anzahl an Delegierten errechnet sich aufgrund der Mannschaften ab D-Jugend des Bezirks, die zum Stichtag 01.10. des Spieljahres, in dem der Verbandstag stattfindet, am Spielbetrieb eines Verbandes teilnehmen. ² Wechselt ein Verein den Bezirk, wird er für die Berechnung dem Bezirk zugeordnet, für den er zum vorgenannten Stichtag die Bestandsmeldung an den BLSV abgegeben hat. ³ Alle Mannschaften von Vereinen, die nicht im Zuständigkeitsbereich des BHV spielen, sind bei der Berechnung der Delegiertenzahl ihrem Stammbezirk zuzurechnen. ⁴ Soweit die Berechnung zu Bruchteilen von Delegiertenplätzen führt, erfolgt die Verteilung der Delegiertenplätze in der Reihenfolge der Höhe des einzelnen Bruchteils. ⁵ Entfällt bei der Verteilung des letzten Delegiertenplatzes auf zwei oder mehrere Bezirke der gleiche Bruchteil, wird dieser durch das Präsidium im Losverfahren zugewiesen.
- (3) Die Delegierten der Vereine werden bei den Bezirkstagen gewählt.
- (4) ¹ Eine der Delegiertenzahl im Bezirk entsprechende Zahl an Ersatzdelegierten ist zu wählen, deren Reihenfolge sich aus der Wahl ergeben muss. ² Sollte die Zahl der Ersatzdelegierten nicht ausreichen, bestimmt die Bezirksspielleitung die erforderlichen Ersatzdelegierten.
- (5) Die Delegierten, gegebenenfalls die in Frage kommenden Ersatzdelegierten, sind zur Teilnahme am Verbandstag verpflichtet.

§ 23 a Leitung des Verbandstages

¹ Der Verbandstag wird vom Präsidenten geleitet. ² Der Verbandstag kann auf Vorschlag des Präsidenten aus seiner Mitte einen Versammlungsleiter wählen.

§ 24 Stimmrecht

Stimmberechtigt sind

- (1) die gewählten Delegierten der Vereine,
- (2) die Bezirksvorsitzenden,

- (3) die Mitglieder des Präsidiums; bei Entlastung und Neuwahlen jedoch nur, wenn sie gleichzeitig gewählte Delegierte sind.
- (4) Die übrigen der in § 22 genannten Mitglieder des Verbandstages haben nur beratende Stimme.

§ 25 Beschlussfähigkeit

Der VT ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Stimmberechtigten beschlussfähig.

§ 26 Abstimmungen

- (1) ¹ Der Verbandstag entscheidet bei Wahlen und Anträgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. ² Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
- (2) Eine Änderung der Satzung bedarf einer Mehrheit von 2/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder des Verbandstages.
- (3) Zur Änderung des Verbandszwecks ist eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder des Verbandstages erforderlich.
- (4) Für die Durchführung der Wahlen und Abstimmungen gelten im Übrigen die Bestimmungen der Geschäftsordnung.

§ 27 Aufgaben

Der VT hat folgende Aufgaben:

- (1) Befassung mit den Grundsatzfragen des Handballsports und Festlegung von Richtlinien für die Erreichung des Vereinszwecks,
- (2) Befassung mit allen verwaltungsmäßigen und technischen Belangen des Verbandes,
- (3) Bildung und Beauftragung von Ausschüssen mit der Durchführung bestimmter Aufgaben,
- (4) Entgegennahme der Berichte des EP und der Kassenprüfer,
- (5) Beratung und Abstimmung über Satzungsänderungs- und sonstige Anträge,
- (6) Entlastung des Präsidiums,
- (7) Durchführung von Neuwahlen.

§ 28 Wahlen

¹ Es sind zu wählen:

- (1) das Präsidium,
- (2) die beiden Kassenprüfer einschließlich der beiden Ersatzleute,
- (3) der Vorsitzende des Verbandsgerichts und der Vorsitzende des Verbandssportgerichts,
- (4) die Beisitzer des Verbandsgerichts und des Verbandssportgerichts. ² Für beide Rechtsinstanzen wird aus jedem Bezirk nach den Vorschlägen der Bezirksspielleitungen je ein Beisitzer gewählt. ³ Für den Fall, dass auf dem Verbandstag Funktionen nicht durch Wahl besetzt werden können, ist das Erweiterte Präsidium berechtigt, Ersatzleute bis zum nächsten Verbandstag zu berufen.
- (5) die Delegierten und die Ersatzdelegierten zum Verbandstag des BLSV und zum Bundestag des DHB.

§ 29 Anträge

¹ Anträge können gestellt werden von

- (1) dem Präsidium,
- (2) dem Erweiterten Präsidium,
- (3) dem Verbandsjugendtag,
- (4) den Bezirkstagen,
- (5) der Satzungskommission im Rahmen des § 64.

² Die Formvorschriften einschließlich der Fristen für die Antragstellung ergeben sich aus der Geschäftsordnung.

§ 30 Öffentlichkeit

¹ Der Verbandstag ist grundsätzlich öffentlich. ² Die Öffentlichkeit kann jedoch durch Beschluss mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden.

§ 31 Kosten

Die Kosten des Verbandstages trägt der BHV.

2. Der außerordentliche Verbandstag

§ 32 Außerordentlicher Verbandstag – Einberufung

(1) Ein außerordentlicher Verbandstag muss einberufen werden

- a) auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der dem BHV angehörenden Vereine,
- b) auf Beschluss des Präsidiums,
- c) im Falle des Ausscheidens von mehr als drei Mitgliedern des Präsidiums.

(2) ¹ Das Präsidium beruft unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung den außerordentlichen Verbandstag ein. ² Die Einberufung hat wenigstens in Textform zu erfolgen. ³ Außerdem ist diese spätestens zwei Wochen vor Durchführung des außerordentlichen Verbandstages auf der Internetseite des Verbandes zu veröffentlichen. ⁴ Die Behandlung von Anträgen auf Satzungsänderung muss mit ihrem Inhalt in der Tagesordnung enthalten sein. ⁵ Der außerordentliche Verbandstag ist spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Vorliegen der Einberufungsvoraussetzungen durchzuführen.

§ 33 Delegierte zum außerordentlicher Verbandstag

Für einen außerordentlichen Verbandstag gilt die Wahl der Delegierten vom vorausgegangenen ordentlichen Verbandstag.

§ 34 Bestimmungen

Soweit erforderlich gelten die Bestimmungen des ordentlichen Verbandstages sinngemäß.

§ 35 Misstrauensanträge

¹ Der außerordentliche Verbandstag hat Misstrauensanträge gegen Mitglieder des Präsidiums, des Erweiterten Präsidiums, ohne Bezirksvorsitzende, und der Verbandsfachausschüsse zu behandeln und darüber abzustimmen.

² Ein Misstrauensantrag ist nur bei Geltendmachung eines wichtigen Grundes zulässig; über die Zulässigkeit entscheidet der außerordentliche Verbandstag.

§ 36 Kosten

Die Kosten des außerordentlichen Verbandstages trägt der BHV.

3. Das Erweiterte Präsidium (EP)

§ 37 Das Erweiterte Präsidium (EP)

Das Erweiterte Präsidium ist das zweithöchste Verwaltungsorgan des BHV.

§ 38 Einberufung

¹ Das Erweiterte Präsidium tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. ² Es wird vom Präsidium unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung einberufen. ³ Das Erweiterte Präsidium muss auf Antrag von mehr als der Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder vom Präsidium innerhalb von drei Wochen einberufen werden.

§ 39 Zusammensetzung

(1) Das Erweiterte Präsidium besteht aus:

- a) dem Präsidium,
- b) den Bezirksvorsitzenden oder deren Vertretern gem. § 92,
- c) den Vorsitzenden des Verbandsggerichts und des Verbandssportgerichts als nicht stimmberechtigte Mitglieder.

(2) Im Erweiterten Präsidium ist die Ausübung mehrerer Funktionen nicht zulässig.

§ 40 Aufgaben

(1) Das Erweiterte Präsidium hat folgende Aufgaben:

- a) Entgegennahme von Berichten,
- b) Beratung von Satzungsänderungen zur Vorlage am Verbandstag,
- c) Beratung und Genehmigung des Haushaltsplans,
- d) ¹ Festsetzung der Spielbeiträge, Kosten (Gebühren und Auslagen) und Abgaben. ² Die Festsetzung von Rahmenbeträgen, die dann von den Bezirken für den jeweils von ihnen geleiteten Spielverkehr ausgefüllt werden können, ist zulässig,
- e) Zuordnung eines Vereins zu einem Bezirk.

(2) ¹ Das Erweiterte Präsidium hat das Recht, notwendige Änderungen der Ordnungen nach Feststellung der

Dringlichkeit mit Drei-Viertel-Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden oder bei schriftlicher Abstimmung mit Drei-Viertel-Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder rechtswirksam bis zum nächsten Verbandstag zu beschließen. ² Dies gilt auch für redaktionelle Änderungen sowie für Änderungen des sachlichen Inhalts der Satzung, soweit sich diese zwingend aus Gesetzesänderungen, der Änderung der Rechtsprechung oder der Satzung und Ordnungen des DHB oder des BLSV ergeben. ³ Derartige Beschlüsse sind zur endgültigen Entscheidung auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen. ⁴ Werden sie dort nicht bestätigt, kann das Erweiterte Präsidium gleiche Änderungen der Ordnungen nicht mehr beschließen.

- (3) Für den Fall, dass auf dem Verbandstag Funktionen nicht durch Wahl besetzt werden können, ist das Erweiterte Präsidium berechtigt, Ersatzleute bis zum nächsten Verbandstag zu berufen.

§ 41 Beschlussfähigkeit

Das Erweiterte Präsidium ist bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.

§ 42 Anträge

¹ Anträge können gestellt werden von:

- (1) dem Präsidium,
- (2) dem Spelausschuss,
- (3) den Bezirksspielleitungen,
- (4) vom Verbandsjugendausschuss,
- (5) dem Verbandsausschuss für Leistungssport,
- (6) dem Verbandsbildungsausschuss,
- (7) dem Verbandsrechtsausschuss,
- (8) dem Verbandsfinanzausschuss,
- (9) der Satzungskommission im Rahmen des § 64.

² Die Formvorschriften einschließlich der Frist für die Antragstellung ergeben sich aus der Geschäftsordnung.

§ 43 Teilnahmerecht

¹ Die stimmberechtigten Mitglieder des Erweiterten Präsidiums, ohne BV, sind berechtigt, an allen Sitzungen der Spielleitungen und Fachausschüsse der Bezirke teilzunehmen. ² Ein Stimmrecht steht ihnen nicht zu.

§ 44 Kosten

Die Kosten des Erweiterten Präsidiums (EP) trägt der BHV.

4. Das Präsidium

§ 45 Zusammensetzung des Präsidiums

- (1) Das Präsidium setzt sich zusammen aus:
 - a) dem Präsidenten,
 - b) dem Vizepräsidenten Finanzen,
 - c) dem Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung,
 - d) dem Vizepräsidenten Leistungssport,
 - e) dem Vizepräsidenten Bildung,
 - f) dem Vizepräsidenten Recht,
 - g) dem Vizepräsidenten Spielbetrieb,
 - h) dem Vizepräsidenten Verbandsentwicklung.
- (2) Angestellte von Sportverbänden können dem Präsidium nicht angehören. Ausnahmen können auf Beschluss des Erweiterten Präsidiums nach Prüfung durch den Compliance-Beauftragten des DHB gestattet werden.
- (3) Außerdem ist die Ausübung mehrerer Funktionen innerhalb des Präsidiums unzulässig.

§ 46 Aufgaben

Das Präsidium hat folgende Aufgaben:

- (1) ¹ Führung der Geschäfte des Verbandes, soweit nicht ausdrücklich die Zuständigkeit eines anderen Organs oder eines anderen Gremiums oder Funktionsträgers begründet ist. ² Festlegung der Zuständigkeit eines Präsidiumsmitgliedes für die Leitung der Verwaltung des BHV und die Beratung der Bezirke und Vereine in Verwaltungs- und Organisationsfragen, soweit nicht die Verantwortlichkeit eines anderen Ressortleiters begründet ist.
- (2) Befassung mit den Grundsatzfragen des Handballsports.
- (3) Erlass von Richtlinien zur Ausübung des Handballsports.
- (4) ¹ Aufsicht über die Bezirke, Ausschüsse, Mitarbeiter und Mitglieder des Verbandes. ² Zu diesem Zweck können Weisungen erlassen werden. ³ Bei den Rechtsorganen beschränkt sich die Aufsicht auf die Prüfung, ob die jeweiligen Aufgaben und Pflichten rechtzeitig und formal ordnungsgemäß erfüllt wurden. ⁴ Eine Aufsicht bezüglich der sachlichen Behandlung von laufenden Verfahren ist ausgeschlossen. ⁵ Stellt das Präsidium fest, dass ein Mitglied einer Rechtsinstanz in hohem Maße pflichtwidrig gehandelt hat, kann es eine Amtsenthebungsklage beim Verbandsgericht einlegen. ⁶ Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit der Präsidiumsmitglieder. ⁷ Das Verbandsgericht entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. ⁸ Diese Entscheidung ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.
- (5) ¹ Amtsenthebung von Mitarbeitern des Verbandes in allen Funktionen, ausgenommen Mitglieder der Rechtsorgane, bei wiederholter grober Pflichtverletzung, Amtsanmaßung oder erheblicher Kompetenzüberschreitung nach Gewährung rechtlichen Gehörs. ² Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit der Präsidiumsmitglieder. ³ Ein derartiger Beschluss kann von dem Betroffenen vor dem Verbandsgericht angefochten werden. ⁴ Dieses entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. ⁵ Diese Entscheidung ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.
- (6) ¹ Amtsenthebung von Mitarbeitern auf Verbands- und Bezirksebene wegen grober Ansehenschädigung des

Verbandes. ² Absatz 5 Sätze 2 bis 5 gelten entsprechend.

- (7) Berufung von Ersatzleuten für vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder des EP, mit Ausnahme der BV, und der Fachausschüsse auf Verbandsebene bis zum nächsten VT,
- (8) Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
- (9) Einberufung des ordentlichen und außerordentlichen VT und der EP-Tagungen unter Bestimmung des Ortes, der Zeit und der Tagesordnung und unter Beachtung der sonstigen Vorschriften dieser Satzung und der Geschäftsordnung,
- (10) ¹ Entsendung von Delegierten in die Gremien fachlicher und überfachlicher Organisationen. ² Stimmenübertragung ist möglich, sofern die Satzungen dieser Organisationen dies zulassen,
- (11) Genehmigung von Spielabschlüssen der Auswahlmannschaften des BHV,
- (12) Vorläufige Zuordnung von neu oder wieder aufgenommenen Vereinen zu einem Bezirk,
- (13) Ausübung des Gnadenrechts,
- (14) Zuordnung weiterer Aufgaben auf die einzelnen Ressorts,
- (15) Berufung von einzelnen Mitarbeitern und Mitgliedern in Ausschüsse, Kommissionen oder Arbeitskreise, sofern keine anderweitige Zuständigkeit besteht.
- (16) ¹ Genehmigung von Spielgemeinschaften auf Antrag der die SG bildenden Vereine. ² Gegen die Entscheidung des Präsidiums kann Einspruch von den Antragstellern beim Verbandsgericht des BHV eingelegt werden. ³ Näheres regelt die Rechtsordnung.
- (17) ¹ Spielklassenübertragung gem. § 41 SpO. ² Die Entscheidung des Präsidiums ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.
- (18) Festlegen der Sätze für Aufwandsentschädigungen, Tagesspesen und pauschalen Übernachtungsspesen für ehrenamtliche Mitarbeiter.
- (19) Festlegen der Gebühren für Übungsleiterlehrgänge und die B-Trainer-Ausbildung.

§ 47 Beschlussfähigkeit

Das Präsidium ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig.

§ 48 Kosten

Die Kosten des Präsidiums trägt der BHV.

§ 49 Der Verbandspräsident

- (1) ¹ Der BHV wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Präsidenten oder durch jeweils zwei Vizepräsidenten gemeinsam vertreten. ² Im Innenverhältnis gilt, dass nur im Falle der Verhinderung des Präsidenten jeweils zwei Vizepräsidenten zu seiner Vertretung berechtigt sind.
- (2) ¹ Der Verbandspräsident führt den BHV. ² Er bestimmt die Richtlinien der Verbandsarbeit im Rahmen der Satzung und Ordnungen und der Beschlüsse des VT und EP. ³ Er hat in allen Ausschüssen und bei Tagungen des BHV Sitz und Stimme mit Ausnahme der Rechtsinstanzen. ⁴ Er führt den Vorsitz beim VT, EP und im Präsidium. ⁵ Er beruft das Präsidium unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ⁶ Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Präsidiumsmitgliedes beruft er einen Vertreter im Einvernehmen mit dem EP; im Falle des Ausscheidens des Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung erfolgt die Berufung zusätzlich im

Benehmen mit dem Verbandsjugendausschuss. ⁷ Er genehmigt Dienstreisen der Mitglieder des EP. ⁸ Er darf einzelne Aufgaben oder Aufgabengebiete auf Dritte delegieren, ohne dass dadurch die eigene Verantwortlichkeit berührt wird.

§ 50 Vizepräsidenten

- (1) Die Vizepräsidenten leiten ihre Ressorts grundsätzlich eigenverantwortlich im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien.
- (2) Sie sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben ehrenamtliche Mitarbeiter zu berufen.
- (3) In allen nachgeordneten Gremien haben sie Teilnahme- und Rederecht. Ein Stimmrecht steht ihnen, soweit keine anderweitige Regelung besteht, nicht zu. Diese Einschränkung gilt nicht für Gremien, die ihrem Ressort nachgeordnet sind.
- (4) Sie regeln ihre Vertretung in den von ihnen geleiteten Ausschüssen, soweit keine anderweitige Regelung besteht, für die Dauer der Wahlperiode selbst.

§ 51 Vizepräsident Finanzen

- (1) ¹ Er verwaltet die Finanzen des BHV auf Verbandsebene im Rahmen des genehmigten Haushaltsplans nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung. ² Er erstellt den Haushaltsplanentwurf. ³ Er beaufsichtigt die Verwaltung der Finanzen durch die nachgeordneten Gliederungen des BHV.
- (2) Er führt den Vorsitz im Finanzausschuss und beruft dessen Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein.

§ 52 Vizepräsident Jugend und Mitgliederentwicklung

- (1) ¹ Der Vizepräsident Jugend und Mitgliederentwicklung ist zuständig für Grundsatzfragen der Jugendarbeit sowie für die Förderung der Betreuung und Ausbildung von Jugendlichen durch die Vereine und den BHV. ² Er vertritt die Interessen der Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Verbandes und bringt sich insbesondere an der Schnittstelle zwischen den Ressorts der Vizepräsidenten Leistungssport, Spielbetrieb und Bildung ein.
- (2) ¹ Der Vizepräsident Jugend und Mitgliederentwicklung ist Vorsitzender des Verbandsjugendausschusses und führt den Vorsitz beim Verbandsjugendtag. ² Das Nähere regelt die Jugendordnung.

§ 53 Vizepräsident Leistungssport

- (1) Er hat folgende Aufgaben:
 - a) Verantwortung für alle fachlichen Belange im Bereich Talentsichtung und Talentförderung
 - b) Entwicklung durchgängiger und allgemeingültiger Konzepte in den Bereichen:
 - aa) Spiel- und Trainingsauffassung,
 - bb) Talentförderungssystem,
 - cc) Rahmentrainingspläne,
 - dd) Leistungskonzept des Verbandes.
 - c) Entwicklung fachlicher Konzepte, Aspekte des Wettkampfwesens, der Talentsichtung und der Talentförderung.

- d) Festlegung von Sichtungs- und Förderungsmaßnahmen für Spieler in Absprache mit den Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung und dem Vizepräsidenten Spielbetrieb,
 - e) Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Organen und Mitgliedern der Bezirke und Vereine,
 - f) Genehmigung von Auswahlspielen der Bezirke,
 - g) Verantwortung für Personalplanung und Personaleinsatz im Leistungssport, insbesondere:
 - aa) Auswahl und Aus- und Weiterbildung künftiger BHV-Trainer,
 - bb) Vorschlagsrecht an das Präsidium zur Berufung von Mitarbeitern und BHV-Trainern im Leistungssport des Verbandes,
 - cc) Aufgabenfestlegung und Planung des Personaleinsatzes von BHV-Trainern im Leistungssport,
 - dd) Berufung von Mitarbeitern im Leistungssport der Bezirke im Benehmen mit der Bezirksspielleitung.
- (2) Er führt den Vorsitz im Verbandsausschuss für Leistungssport und beruft ihn regelmäßig zu Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein.

§ 54 Vizepräsident Bildung

(1) Er hat folgende Aufgaben:

- a) Verantwortung für alle fachlichen Belange der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern im Bereich
 - aa) Übungsleiter ohne Lizenz,
 - bb) Fachübungsleiter Handball,
 - cc) B-Trainer,
 - dd) Kinderhandball,
 - ee) Schulhandball,
 - ff) Vereinssport,
 - gg) Schulung von Mitarbeitern in Bildungseinrichtungen,
 - hh) Schiedsrichterlehrwesen.
- b) Entwicklung durchgängiger und allgemeingültiger Konzepte der Aus- und Weiterbildung in den in Buchstabe a) genannten Bereichen.
- c) Erarbeitung von Lehrmaterialien für alle Bereiche des Ressorts.
- d) Festlegen von Lehrgängen, Prüfungen und Maßnahmen für den Bereich Bildung.
- e) Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Organen und Mitgliedern der Bezirke und Vereine.
- f) Genehmigung von Aus- und Weiterbildungsangeboten der Bezirke.
- g) Verantwortung für Personalplanung und Personaleinsatz im Leistungssport, insbesondere
 - aa) Auswahl und Aus- und Weiterbildung von BHV-Trainern;
 - bb) Vorschlagsrecht an das Präsidium zur Berufung von Mitarbeitern, Referenten und BHV-Trainern für das Lehrwesen des Verbandes;
 - cc) Aufgabenfestlegung und Planung des Personaleinsatzes von Mitarbeitern, Referenten und BHV-Trainern für das Lehrwesen;

dd) Berufung von Mitarbeitern im Bildungsbereich der Bezirke im Benehmen mit der Bezirksspielleitung.

(2) Er führt den Vorsitz im Bildungsausschuss und beruft ihn regelmäßig zu Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein.

§ 55 Vizepräsident Recht

- (1) ¹ Er berät die Organe, Ausschüsse, die Verwaltungsinstanzen, insbesondere die Spielleitenden Stellen, die Mitglieder des BHV und die am Spielbetrieb Teilnehmenden in Rechtsangelegenheiten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausübung des Handballsports im BHV stehen und erledigt Rechtsangelegenheiten, soweit nicht die Rechtsorgane zuständig sind. ² Er vertritt den BHV vor den Rechtsorganen. ³ Er ist zuständig für die Überprüfung und Fortentwicklung der Satzung und der Ordnungen. ⁴ Er gewährleistet die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter des Verbandes, insbesondere der Mitglieder der Rechtsorgane, im Bereich der Anwendung der Satzung und der Ordnungen. ⁵ Er weist Streitigkeiten Rechtsinstanzen zu, soweit keine anderweitige Regelung besteht.
- (2) ¹ Er leitet den Rechtsausschuss und die Satzungskommission. ² Er beruft diese Gremien unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung je nach Bedarf ein.

§ 56 Vizepräsident Spielbetrieb

- (1) ¹ Er ist zuständig für Grundsatzfragen der Planung und Weiterentwicklung des Spielbetriebs aller Spiel- und Altersklassen im Bereich des BHV. ² Er führt die Aufsicht über den gesamten Spielbetrieb und die Spielleitenden Stellen. ³ Er wirkt bei der Genehmigung von Auswahlspielen der Bezirke mit.
- (2) Er führt den Vorsitz im Spielausschuss und beruft diesen zu Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung mindestens zweimal im Jahr ein.

§ 57 Vizepräsident Verbandsentwicklung

- (1) Der Vizepräsident Verbandsentwicklung ist für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Verbandes zuständig.
- (2) ¹ Der Vizepräsident Verbandsentwicklung leitet die Ausschüsse für Verbandsentwicklung und Digitale Entwicklung. ² Ihm ist der Referent für Entwicklung (§ 58) direkt zugeordnet.

5. Weitere Verbandsgremien

§ 58 Stabsstellen beim Präsidium

- (1) Zur Unterstützung der Arbeit beim Präsidium können zeitlich befristet, jedoch längstens für die Dauer einer Wahlperiode im Sinne des § 20, Referenten berufen werden, insbesondere für Entwicklung, Breitensport, Kinderhandball, Schulsport, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Informationstechnik.
- (2) ¹ Das Präsidium ordnet die Referate einzelnen Ressorts zu. ² Es unterliegt bei der Gestaltung der Zuständigkeit einzelner Referenten keinen Einschränkungen und kann insbesondere die Berufung von Referenten auch aufheben.

§ 59 Finanzausschuss

- (1) Dem Finanzausschuss gehören neben dem Vizepräsidenten Finanzen als Vorsitzenden mindestens zwei weitere Mitglieder an.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium im Benehmen mit dem Ressortleiter berufen.
- (3) ¹Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ²Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (4) ¹Zu den Sitzungen, die je nach Bedarf stattfinden, lädt der Vorsitzende unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 60 Verbandsjugendausschuss

Das Nähere regelt die Jugendordnung.

§ 61 Ausschüsse des Ressorts Leistungssport

a) Ausschuss für Leistungssport

- (1) Der Ausschuss für Leistungssport setzt sich zusammen aus:
 - a) dem Vizepräsidenten für Leistungssport als Vorsitzenden,
 - b) dem Vizepräsidenten Bildung,
 - c) den stellvertretenden BV Leistungssport,
 - d) dem hauptamtlichen Trainer,
 - e) dem Koordinator Jugend, Leistungssport, Bildung und Spielbetrieb.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Leistungssport berufen.
- (3) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:
 - a) Erarbeitung von Konzepten zur Talentsichtung und Talentförderung,
 - b) Erarbeitung von durchgängigen Konzepten für den Leistungssport,
 - c) Festlegung von Sichtungsterminen und Maßnahmen,
 - d) Festlegung von Kriterien zur Sichtung und Talentförderung,
 - e) Planung des Personaleinsatzes bei Sichtungen und Maßnahmen der Talentförderung,
 - f) Zusammenarbeit mit dem Hochleistungsbereich des DHB und der Vereine des BHV,
 - g) Entsendung eines Mitarbeiters in den Spielausschuss.
- (4) ¹Der Vorsitzende lädt zu Sitzungen, mindestens zweimal jährlich und nach Bedarf, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

b) Trainerkommission

- (1) Die Kommission setzt sich zusammen aus:
 - a) Vizepräsident Leistungssport,
 - b) BHV-Trainern im Bereich Talentförderung,
 - c) dem hauptamtlichen Trainer,
 - d) dem Koordinator Jugend, Talentförderung, Bildung und Spielbetrieb.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Leistungssport berufen.
- (3) Die Kommission hat folgende Aufgaben:
 - a) Festlegung der Maßnahmen im Bereich der Talentförderung auf Verbandsebene,
 - b) Umsetzung neuer Entwicklungen im Hochleistungssport,
 - c) Personaleinsatz bei Maßnahmen im Hochleistungsbereich.
- (4) ¹ Der Vorsitzende lädt zu Sitzungen, mindestens einmal jährlich und nach Bedarf, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ² Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 62 Bildungsausschuss

- (1) Der Bildungsausschuss setzt sich zusammen aus:
 - a) dem Vizepräsidenten Bildung als Vorsitzenden,
 - b) dem Vizepräsidenten Leistungssport,
 - c) dem hauptamtlichen Trainer,
 - d) den BHV-Trainern im Bereich Bildung,
 - e) dem Referenten für Schulhandball,
 - f) dem Referenten für Kinderhandball,
 - g) dem Referenten für das Schiedsrichterlehrwesen,
 - h) dem Referenten für die Übungsleiterausbildung,
 - i) dem Referenten für die B-Trainerausbildung.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Bildung berufen.
- (3) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:
 - a) Erarbeitung von Konzepten zur Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern auf allen Ebenen und allen Bereichen,
 - b) Planung und Durchführung im Bereich Aus- und Weiterbildung,
 - c) Zusammenarbeit mit den Gremien des Schulsports,
 - d) Entwicklung von Ausbildungskonzepten insbesondere:
 - aa) Schulsport,
 - bb) Kinderhandball,
 - cc) Breitensport,

dd) Vereinsmitarbeiter.

- (4) ¹ Der Vorsitzende lädt zu Sitzungen, die je nach Bedarf stattfinden, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ² Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 63 Rechtsausschuss

- (1) Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Recht als Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium im Benehmen mit dem Ressortleiter berufen.
- (3) ¹ Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ² Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³ Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (4) ¹ Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, zu den je nach Bedarf stattfindenden Sitzungen ein. ² Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 64 Satzungskommission

- (1) Die Satzungskommission besteht neben dem Vizepräsidenten Recht aus den Vorsitzenden des Verbands- und des Verbandssportgerichts.
- (2) ¹ Sie hat die Aufgabe, Vorschläge an das Präsidium zur Fortentwicklung von Satzung, Ordnungen und Zusatzbestimmungen zu Ordnungen auszuarbeiten und Stellungnahmen zu eingebrachten Vorschlägen für die Änderung von Satzung, Ordnungen und Zusatzbestimmungen zu Ordnungen zu erarbeiten. ² Sie darf in diesem Zusammenhang mit der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anträgen diese zusammenfassen und in dieser Form dem Entscheidungsgremium vorschlagen sowie Ergänzungen zu Anträgen einbringen. ³ Darüber hinaus hat sie kein eigenes Antragsrecht.
- (3) ¹ Sie tritt bei Bedarf zusammen. ² Hierzu wird sie vom Vizepräsidenten Recht unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung einberufen.

§ 65 Ausschuss für Verbandsentwicklung

- (1) Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Verbandsentwicklung als Vorsitzenden, dem Referenten für Entwicklung als stellvertretenden Vorsitzenden und mindestens drei weiteren Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Ressortleiters berufen.
- (3) ¹ Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ² Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³ Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (4) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:
- a) Prüfung der Entwicklung des Handballsports,
 - b) Feststellung von Tendenzen und Trends,
 - c) Erarbeitung von Konzepten, Lösungsvorschlägen und Empfehlungen,
 - d) Kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung vorhandener haupt- und ehrenamtlicher Strukturen, Positionen und Aufgabenverteilungen,
 - e) Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur Verbesserung von Kommunikation und Zusammenarbeit.

- (4) Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, zu den Sitzungen ein. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Recht als Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.
- (5) Der Ausschuss tagt mindestens einmal im Halbjahr.

§ 65a Ausschuss für digitale Entwicklung

- (1) Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Verbandsentwicklung als Vorsitzenden, dem Referenten für Entwicklung und mindestens drei weiteren Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Ressortleiters berufen.
- (3) Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (4) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben
 - a) Überwachung des Soft- & Hardwarekonzepts des Verbandes,
 - b) Überwachung und Weiterentwicklung des Spielplanprogramms nuLiga, insb. Koordination der nuLiga-Beauftragten,
 - c) Erstellen von Beschlussvorlagen für das Präsidium,
 - d) Konzeptionierung von Fortbildungsveranstaltungen für Mitglieder im digitalen Bereich,
 - e) Betreuung und Weiterentwicklung Verbandshomepage und Kommunikationskanäle,
 - f) Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für digitale Repräsentation, Vermarktung und Veränderung,
 - g) Erstellung von Empfehlungen für einzelne Ressorts.
- (5) Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, zu den Sitzungen ein. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- (6) Der Ausschuss tagt mindestens einmal im Halbjahr.

§ 66 Spielausschuss

- (1) Der Spielausschuss besteht aus
 - a) dem Vizepräsidenten Spielbetrieb als Vorsitzenden,
 - b) dem Vizepräsidenten Leistungssport,
 - c) dem Verbandsmännerspielwart,
 - d) dem Verbandsfrauenspielwart,
 - e) dem Verbandsschiedsrichterwart,
 - f) dem Verbandsjugendspielwart männliche Jugend,
 - g) dem Verbandsjugendspielwart weibliche Jugend.
- (2) Die Mitglieder des Spielausschusses werden, soweit sie nicht von anderen Organen oder Gremien gewählt werden, vom Präsidium im Benehmen mit dem Ressortleiter berufen.
- (3) Er hat folgende Aufgaben:

- a) Forschung, Planung und Förderung der Belange des Spielbetriebs,
 - b) Durchführung der Beschlüsse des Verbandstags, des Erweiterten Präsidiums und des Präsidiums für den Bereich Spielbetrieb,
 - c) Festlegung des Spielbetriebs für die Ligen auf Verbandsebene, der Meisterschaften der Jugend sowie Festlegen des Spielbetriebs im Bereich Breitensport auf Verbandsebene,
 - d) Überwachung des gesamten Spielbetriebs,
 - e) Anordnung von Spielverboten in bestimmten Gebieten bei besonderen Anlässen,
 - f) Genehmigung von Freundschaftsspielen gegen Vereine, die nicht einem Landesverband des DHB angeschlossen sind,
 - g) Festlegung von Pokalwettbewerben,
 - h) Entscheidung bei notwendigen Sonderregelungen über den Auf- und Abstieg bei den Ligen auf Verbandsebene,
 - i) Durchführung des Meisterschaftsspielbetriebs, einschließlich der Bestimmung der Spielleitenden Stellen, soweit sie nicht schon durch das Präsidium oder die Bezirksspielleitung festgelegt worden sind,
 - j) Durchführung der jeweiligen Meisterschaften,
 - k) Durchführung der Pokalspiele,
 - l) Genehmigung von Doppelspielen.
- (4) Die Spielwarte übernehmen die in Absatz 3 i) bis l) genannten Aufgaben, soweit keine Ausschüsse berufen worden sind.
- (5) ¹Soweit bei der Aufgabenerfüllung Belange der Jugend betroffen sind, hat eine Entscheidung oder eine Maßnahme im Benehmen mit dem Verbandsjugendausschuss zu erfolgen. ² Der Verbandsjugendausschuss kann dabei eigene Vorschläge unterbreiten.
- (6) ¹Die Mitglieder erfüllen ihre Aufgaben grundsätzlich eigenständig im Rahmen der Satzung und Ordnungen. ² Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (7) ¹ Der Vorsitzende lädt unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, mindestens zweimal im Jahr zu einer Sitzung ein. ² Der Ausschuss ist bei einer Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern beschlussfähig.

§ 67 Jugendspielausschuss

- (1) Der Jugendspielausschuss setzt sich zusammen aus:
- a) dem Vizepräsidenten Spielbetrieb als Vorsitzenden,
 - b) dem Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung als stv. Vorsitzenden,
 - c) dem Verbandsjugendspielwart der männlichen Jugend,
 - d) dem Verbandsjugendspielwart der weiblichen Jugend,
 - e) den beiden Verbandsjugendsprechern,
 - f) den stv. Bezirksvorsitzenden Jugend und Mitgliederentwicklung,
 - g) den stv. Bezirksvorsitzenden Spielbetrieb aus den Bezirken,
 - h) dem Koordinator Jugend, Talentförderung, Bildung und Spielbetrieb.
- (2) Der Jugendspielausschuss regelt den Jugend-Spielbetrieb.

§ 68 Ausschuss für Gleichstellung und soziale Themen

- (1) ¹ Dem Ausschuss für Gleichstellung und soziale Themen gehören neben dem Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung als Vorsitzendem mindestens zwei weitere Mitglieder an. ² Sie werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung berufen.
- (2) ¹ Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ² Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³ Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (3) ¹ Zu den Sitzungen, die nach Bedarf stattfinden, lädt der Vorsitzende unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ² Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 69 Fachausschüsse

- (1) Zum Zweck der Leitung des Spielbetriebs und sonstiger Aufgaben innerhalb des Verbandes können auf Verbands- und Bezirksebene Ausschüsse eingerichtet werden.
- (2) Über ihre Einrichtung entscheidet
 - a) auf Verbandsebene das Präsidium,
 - b) auf Bezirksebene die Bezirksspielleitung.
- (3) Die Einrichtung von Ausschüssen im Jugendbereich erfolgt gemäß der Jugendordnung.
- (4) ¹ Die Ausschüsse bestehen aus dem Vorsitzenden (Ressortleiter) und mindestens zwei Beisitzern. ² Die Mitglieder der Schiedsrichterausschüsse müssen aktive oder passive Schiedsrichter sein.
- (5) ¹ Die Mitglieder der Ausschüsse werden gemäß ihrem Zuständigkeitsbereich vom Präsidium oder von der Bezirksspielleitung berufen, soweit keine anderweitige Regelung besteht. ² Grundsätzlich führt der zuständige Fachwart den Vorsitz. ³ Ist die Aufgabe einem Ressort nicht eindeutig zuzuordnen, bestimmt das Präsidium oder die jeweilige Bezirksspielleitung den Vorsitzenden. ⁴ Die Ausschüsse regeln grundsätzlich eigenständig zu Beginn ihrer Tätigkeit auf Dauer die gegenseitige Vertretung innerhalb des Ausschusses.
- (6) Die Aufgaben werden durch die berufenden Organe festgelegt.
- (7) ¹ Der Vorsitzende lädt unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung je nach Bedarf zu den Sitzungen ein. ² Die Ausschüsse sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

6. Organisation im Jugendbereich

§ 70 Vertretung der Jugend im BHV

- (1) Zur Förderung der Jugendarbeit und zur Vertretung der Jugend auf allen Ebenen gibt sich der BHV eine Jugendordnung (JO).
- (2) ¹ Beim BHV und den Bezirken gibt es folgende Gliederungen:
 - a) Verbandsjugendtag (VJT),
 - b) Verbandsjugendausschuss (VJA),
 - c) Bezirksjugendtag (BJT),
 - d) Bezirksjugendausschuss (BJA).

² Das Nähere regelt die Jugendordnung.

7. Gerichtsbarkeit des Verbandes

§ 71 Rechtsorgane

(1) Innerhalb der Verbandsgerichtsbarkeit gibt es folgende Rechtsorgane:

- a) das Verbandsgericht (VG),
- b) das Verbandssportgericht (VSG),
- c) acht Bezirkssportgerichte (BSG).

(2) Die Verbandsgerichtsbarkeit umfasst demnach drei Instanzen, vom Bezirkssportgericht als der untersten bis zum Verbandsgericht als der obersten.

§ 72 Verfahrensregelungen

(1) ¹ Die Gerichte des Verbandes entscheiden eigenverantwortlich und unabhängig unter besonderer Berücksichtigung sportlicher Gesichtspunkte. ² Sie sind an Empfehlungen und Weisungen nicht gebunden.

(2) ¹ Der Einzelne (Verein oder dessen Mitglied) soll vor den Gerichten schriftlich oder mündlich gehört werden. ² Rechtsschutz ist stets so zu gewähren, dass er sportlichen Gesichtspunkten gerecht wird, insbesondere zügig und umfassend. ³ Der Instanzenzug ist innerhalb des BHV oder einschließlich der Gerichtsbarkeit des DHB dreizügig. ⁴ Eine Ausnahme vom mehrzügigen Instanzenweg gilt für die Fälle, in denen das Verbandsgericht in Streitfällen zwischen Verband und Vereinen in Fragen der Verwaltungsorganisation (wie z.B. Ausschluss eines Vereins, Wiederaufnahme eines Vereins, Versagen der Zustimmung zur Bildung einer Spielgemeinschaft) als erste und letzte Instanz entscheidet.

(3) ¹ Das Nähere regeln die Rechtsordnung des DHB und die Zusatzbestimmungen des BHV zur Rechtsordnung. ² Diese Regelungen sind in den Fällen, in denen das Verbandsgericht allein zuständig ist, sinngemäß anzuwenden.

V. Die Bezirke

A) Der Bezirkstag

§ 73 Der Bezirkstag

Der Bezirkstag ist das höchste Verwaltungsorgan des Bezirks.

§ 74 Termin – Wahlperiode

¹ Der Bezirkstag findet alle drei Jahre statt. ² Er ist zwingend spätestens acht Wochen vor dem Verbandstag durchzuführen.

§ 75 Einberufung

Die Bezirksspielleitung beruft ihn unter gleichzeitiger Bekanntgabe von Ort, Zeit und Tagesordnung spätestens sechs Wochen vorher ein.

§ 76 Teilnahmepflicht

¹Die Teilnahme mindestens eines Vertreters pro Verein am Bezirkstag ist Pflicht. ²Diese Pflicht gilt nicht für Vereine, die keine Mannschaft im Spielbetrieb haben.

§ 77 Zusammensetzung

- (1) Der Bezirkstag setzt sich zusammen aus:
 - a) den Delegierten der Vereine,
 - b) der Bezirksspielleitung,
 - c) den Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern des Bezirkes,
 - d) den Kassenprüfern.
- (2) ¹Jeder Verein, der Mitglied des BHV ist (mit Ausnahme der Vereine, die mit sämtlichen Mannschaften eine Spielgemeinschaft bilden) und alle Spielgemeinschaften des Bezirkes (außer den Spielgemeinschaften gem. § 4 (2) der Spielordnung) haben am Bezirkstag mindestens eine Grundstimme, die ausschließlich durch einen Vertreter des Vereins bzw. der Spielgemeinschaft wahrgenommen werden kann. ²Für jeweils 3 Mannschaften erhalten die Vereine bzw. die Spielgemeinschaften einen Zusatzdelegierten. ³Zur Berechnung der Zahl der Zusatzdelegierten werden alle Mannschaften ab der D-Jugend berücksichtigt, die am Stichtag 01.10. des Spieljahres in dem der Bezirkstag stattfindet, am Spielbetrieb eines Verbandes in der Halle teilnehmen. ⁴Die Mannschaften(en) einer Spielgemeinschaft gem. § 4 (2) SpO werden dem federführenden Verein (Anhang I zur SpO, Abschnitt IV, Nr. 3) zugerechnet. ⁴Überschießende Bruchteile fallen weg. ⁵Steht einem Verein mehr als eine Stimme zu, kann er diese nur durch Entsendung einer entsprechenden Zahl weiterer Delegierter wahrnehmen. ⁶Die Delegierten eines Vereins müssen nicht einheitlich abstimmen.
- (3) Soweit Vereine in einem anderen Bezirk des BHV als ihrem angestammten Bezirk überwiegend am Spielbetrieb teilnehmen, haben sie nur im Gastbezirk Stimmrecht.
- (4) ¹Vereine, die in einem anderen Landesverband ganz oder teilweise am Spielbetrieb teilnehmen, üben ihr Stimmrecht in ihrem Stammbezirk aus. ²Für die Berechnung der Delegiertenzahl gilt Abs. 2.
- (5) Für Spielgemeinschaften gelten dieselben Bestimmungen wie für Vereine.

§ 78 Stimmberechtigte

Stimmberechtigt sind:

- (1) die Delegierten der Vereine,
- (2) die Mitglieder der Bezirksspielleitung; bei Entlastung und Neuwahlen jedoch nur, wenn sie gleichzeitig stimmberechtigte Delegierte der Vereine sind,
- (3) der Verbandspräsident bzw. dessen Vertreter beim BT.
- (4) Die übrigen in § 77 Abs. 1 genannten Mitglieder des Bezirkstages haben nur beratende Stimme.

§ 79 Beschlussfassung

Für die Beschlussfassung gelten die Bestimmungen für den Verbandstag entsprechend.

§ 80 Aufgaben

Der Bezirkstag hat folgende Aufgaben:

- (1) Befassung mit Grundsatzfragen des Handballsports auf Bezirksebene und Erlass von Richtlinien,
- (2) Befassung mit verwaltungsmäßigen und technischen Belangen des Bezirks,
- (3) Festlegung des Spielbetriebs und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Satzung und der Ordnungen,
- (4) Beratung und Beschlussfassung über Anträge,
- (5) Entgegennahme und Beratung der Berichte der Bezirksspielleitung,
- (6) Entgegennahme der Rechnungslegung des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden für Finanzen,
- (7) Entlastung der Bezirksspielleitung;
- (8) Umsetzung der Beschlüsse übergeordneter Organe des BHV.
- (9) Durchführung von Neuwahlen.

§ 81 Antragsberechtigte

¹ Anträge können gestellt werden von:

- (1) Dem Präsidium,
- (2) der Bezirksspielleitung,
- (3) dem Bezirksjugendtag,
- (4) den Vereinen.

² Die Formvorschriften einschließlich der Frist für die Antragstellung ergeben sich aus der Geschäftsordnung.

§ 82 Wahlen

¹ Es sind zu wählen:

- (1) Die Bezirksspielleitung mit Ausnahme des nicht stimmberechtigten Mitglieds der Bezirksspielleitung, das von dieser berufen wird,
- (2) der Vorsitzende und sechs Beisitzer für das Bezirkssportgericht,
- (3) die beiden Kassenprüfer und ein Ersatzmann,
- (4) die Delegierten und die Ersatzdelegierten zum Verbandstag nach dem vom Verband mitgeteilten Verteilungsschlüssel.

² Außerdem ist für den Fall, dass auf dem Bezirksjugendtag eine Funktion nicht durch Wahl besetzt werden kann, die Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 83 Öffentlichkeit

¹ Der Bezirkstag ist grundsätzlich öffentlich. ² Die Öffentlichkeit kann jedoch durch Beschluss mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden.

§ 84 Kosten

Die Kosten für die Teilnahme ihrer Vereinsvertreter tragen die Vereine jeweils selbst.

B) Der Außerordentliche Bezirkstag

§ 85 Einberufung

(1) Ein außerordentlicher Bezirkstag ist einzuberufen:

- a) Wenn ein Drittel der Vereine des Bezirks die Einberufung schriftlich beantragt,
- b) auf Beschluss der Bezirksspielleitung,
- c) auf Beschluss des Präsidiums, wenn ansonsten die Funktionsfähigkeit der Bezirksspielleitung nicht mehr gewährleistet ist.

(2) Die Bezirksspielleitung bestimmt die Form der Einberufung, den Ort, die Zeit und die Tagesordnung.

§ 86 Termin

Der außerordentliche Bezirkstag ist spätestens innerhalb eines Monats nach Vorliegen der unter § 85 Abs. 1 Buchst. a) bis c) genannten Voraussetzungen durchzuführen.

§ 87 Zusammensetzung

Die Stimmenzahl eines Vereins entspricht der beim letzten Bezirkstag.

§ 88 Misstrauensanträge

Der außerordentliche Bezirkstag hat gegebenenfalls Misstrauensanträge gegen Mitglieder der Bezirksspielleitung und der Fachausschüsse auf Bezirksebene zu behandeln und darüber abzustimmen.

§ 89 Geltende Vorschriften

Es gelten die Vorschriften über den ordentlichen Bezirkstag entsprechend.

C) Die Bezirksspielleitung

§ 90 Zusammensetzung der Bezirksspielleitung

¹ Die Bezirksspielleitung setzt sich zusammen aus

- (1) dem Bezirksvorsitzenden,
- (2) dem Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden für Finanzen,
- (3) dem Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden für den Spielbetrieb,
- (4) dem Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Leistungssport,
- (5) dem Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Bildung,
- (6) dem Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Jugend und Mitgliederentwicklung,
- (7) dem Regionalbeauftragter Aschaffenburg/Miltenberg (§ 90 a) in der Bezirksspielleitung Unterfranken als stimmberechtigte Mitglieder.

² Als nicht stimmberechtigtes Mitglied gehört ihr ein Referent für Öffentlichkeitsarbeit an.

§ 90 a Regionalbeauftragter Aschaffenburg/Miltenberg

¹ Die Vereine des Altkreises Aschaffenburg/Miltenberg, die am Spielbetrieb des Verbandes Hessen teilnehmen, wählen zur Vertretung ihrer Interessen einen Regionalbeauftragten und dessen Stellvertreter. ² Der Regionalbeauftragte Aschaffenburg/Miltenberg ist Mitglied der Bezirksspielleitung Unterfranken (§ 90 Abs. 7). ³ Er ist stimmberechtigt, soweit die Belange der Vereine des Altkreises Aschaffenburg/Miltenberg von Entscheidungen betroffen sein können.

§ 91 Einberufung

Der Vorsitzende lädt in regelmäßigen Abständen, mindestens dreimal im Jahr, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung zu Sitzungen der Bezirksspielleitung ein.

§ 92 Wahl der Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden - Vertretungsrecht

¹ Die Bezirksspielleitung wählt aus den stellvertretenden Vorsitzenden den ersten und den zweiten Stellvertreter, die bei Verhinderung des Bezirksvorsitzenden den Bezirk in der genannten Reihenfolge jeweils allein vertreten.

² Sind sowohl der Vorsitzende als auch die beiden Vertreter verhindert, so erfolgt die Vertretung in der Reihenfolge der Nennung in § 90.

§ 93 Berufung von Referenten

¹ Die Bezirksspielleitung beruft Referenten für Schulsport, Schiedsrichter und Kinderhandball. ² Die Berufung weiterer Referenten (z.B. Referent für Breitensport und Marketing, Referent für Kommunikation und Organisation, Referent für Frauenfragen) bzw. die Zusammenlegung oder Trennung von Referaten ist aufgrund eines Beschlusses der Bezirksspielleitung möglich.

§ 94 Berufung von Ersatzleuten

Für den Fall, dass auf dem Bezirkstag eine Funktion nicht durch Wahl besetzt werden kann oder dass ein Mitglied vorzeitig ausscheidet, ist die Bezirksspielleitung berechtigt, Ersatzleute bis zum nächsten Bezirkstag zu berufen.

§ 95 Doppelfunktionen

Die Ausübung von Doppelfunktionen ist zulässig, soweit es sich nicht um Kassenprüfer handelt.

§ 96 Leitung des Bezirkes und Aufgaben der Bezirksspielleitung

Die Leitung des Bezirks obliegt der Bezirksspielleitung.

(1) Sie hat folgende Aufgaben:

- a) Durchführung der Beschlüsse des Bezirkstages und der Anordnungen übergeordneter Organe und Mitarbeiter des BHV,
- b) Beratung und Genehmigung des Haushaltsplanes,
- c) Durchführung des Spielbetriebs und sämtlicher Bezirksveranstaltungen im Rahmen der Satzung und Ordnungen,
- d) Festlegung von notwendigen Sonderregelungen über den Auf- und Abstieg von Mannschaften der Ligen des Bezirks,
- e) Durchführung von Auswahl- und Pokalspielen sowie von Lehrgängen,
- f) ¹ Aufsicht über die Ausschüsse, Mitarbeiter und Mitglieder des Verbandes auf Bezirksebene, ausgenommen jedoch die Rechtsorgane. ² Zu diesem Zweck können Weisungen erlassen werden.
- g) ¹ Amtsenthebung von Mitarbeitern auf Bezirksebene in allen Funktionen, ausgenommen Mitglieder der Rechtsorgane, bei wiederholter grober Pflichtverletzung, Amtsanmaßung oder erheblicher Kompetenzüberschreitung nach Gewährung rechtlichen Gehörs. ² Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit in der Bezirksspielleitung. ³ Ein derartiger Beschluss kann von dem Betroffenen vor dem Bezirkssportgericht angefochten werden.
- h) Berufung von einzelnen Mitarbeitern und Mitgliedern in Ausschüsse, Kommissionen oder Arbeitskreise, sofern keine anderweitige Zuständigkeit besteht,
- i) Festlegung von Spielbeiträgen, Gebühren und Auslagen und sonstiger Beiträge innerhalb des vom EP festgesetzten Rahmens,
- j) Durchführung von Lehrgängen zur Qualifizierung,
- k) Vorschlagsrecht für Mitarbeiter im Bereich Talentförderung auf Bezirksebene an den Vizepräsidenten Leistungssport.

(2) Die Aufgaben der stellvertretenden Vorsitzenden entsprechen, soweit zutreffend, grundsätzlich denen der Vizepräsidenten mit gleicher Funktionsbezeichnung.

§ 97 Beschlussfähigkeit

Die Bezirksspielleitung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

§ 98 Kosten

Die Kosten der Bezirksspielleitung trägt der Bezirk.

D) Der Bezirksvorsitzende

§ 99 Bezirksvorsitzender

- (1) Der Bezirksvorsitzende vertritt den Bezirk im Rahmen seiner Zuständigkeit gegenüber Dritten und gegenüber den Organen und Mitarbeitern des BHV.
- (2) ¹ Er führt den Bezirk. ² Er bestimmt die Richtlinien der Arbeit im Bezirk im Rahmen der Satzung und der Ordnungen, der Beschlüsse des Bezirkstages und übergeordneter Organe. ³ Beim Bezirkstag und bei den Sitzungen der Bezirksspielleitung führt er den Vorsitz. ⁴ Er ist zuständig für die Festlegung von Spielverboten für den Bezirk oder Teile desselben, soweit dies bei besonderen Anlässen erforderlich ist. ⁵ Er genehmigt Dienstreisen der Mitglieder der Bezirksspielleitung und der anderen Mitarbeiter des Bezirks.
- (3) Er hat in allen Ausschüssen und bei Tagungen im Bezirk Sitz und Stimme mit Ausnahme der für den Bezirk zuständigen Rechtsinstanzen.

VI. Externes Fachwissen

§ 100 Zuziehung anderer Mitarbeiter und Dritter

- (1) Alle Organe, Ausschüsse, Arbeitskreise und Mitarbeiter des Verbandes dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei Bedarf andere Mitarbeiter oder sachverständige Dritte zuziehen.
- (2) Zuständig hierfür ist bei Organen und Ausschüssen der Vorsitzende.
- (3) Die Grundsätze sparsamer Haushaltsführung sind dabei zu beachten.
- (4) Die Kosten dafür fallen dem Etat des Einladenden zu.

VII. Amtszeit

§ 101 Dauer der Amtszeit

- (1) ¹ Die Amtszeit gewählter Mitarbeiter dauert in der Regel bis zum nächsten Verbandstag bzw. Bezirkstag. ² Sie endet mit der satzungsgemäßen Neubestellung des Nachfolgers im Amt. ³ Das Amt eines gewählten Mitgliedes endet außerdem, wenn es abberufen wird, sein Amt niederlegt oder nicht mehr Mitglied eines Vereins ist, der dem BHV angehört.
- (2) ¹ Die Amtszeit von SR endet mit deren Verzicht auf das Amt. ² Schiedsrichter können von der Schiedsrichterliste gestrichen werden.
- (3) Die Amtszeit berufener Mitarbeiter endet mit Ablauf der Wahlperiode (ordentlicher Verbands-, Bezirkstag) bzw. mit der Abberufung durch das berufende Gremium.
- (4) Gegen eine Amtsenthebung nach Abs. 1 und die Streichung von der SR-Liste nach Abs. 2 ist der Einspruch bei der zuständigen Rechtsinstanz möglich.
- (5) Gegen eine Abberufung nach Abs. 3 ist kein Einspruch möglich.

VIII. Finanzwirtschaft

§ 102 Allgemeine Grundsätze der Finanzwirtschaft

- (1) Die Finanzwirtschaft des BHV ist so zu planen und zu führen, dass die Erfüllung der Verbandsaufgaben gesichert ist.
- (2) Alle im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel und etwaige Überschüsse dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

§ 103 Haushaltsplan und Nachtragshaushalt

- (1) Der Vizepräsident Finanzen legt dem Präsidium für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan vor, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein soll.
- (2) Soweit Mehreinnahmen und Mehrausgaben die Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb des gesamten Haushaltsplanes übersteigen, legt der Vizepräsident Finanzen dem Präsidium einen Nachtragshaushalt vor.
- (3) ¹ Das Präsidium beschließt den Haushaltsplan und den Nachtragshaushalt. ² Beide bedürfen anschließend der Genehmigung des Erweiterten Präsidiums.

§ 104 Jahresabschlüsse

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Für jedes Geschäftsjahr werden durch den Vizepräsidenten Finanzen eine Gewinn- und Verlustrechnung und eine Bilanz erstellt.
- (3) Die Jahresabschlüsse bedürfen der Genehmigung durch das Erweiterte Präsidium.

§ 105 Buch- und Kassenprüfung

Mindestens einmal jährlich erfolgt durch zwei Kassenprüfer eine Buch- und Kassenprüfung.

§ 106 Verbandsvermögen

- (1) Über die Anlagepolitik des Verbandes entscheidet das Präsidium.
- (2) Erwerb, Veräußerung und Beleihung von verbandseigenen Immobilien und die Durchführung von Bauvorhaben unterliegen der Genehmigung des Erweiterten Präsidiums.

§ 107 Finanzordnung

Für die Finanzwirtschaft des Verbandes gelten im Übrigen die Regelungen der Finanzordnung.

IX. Datenschutz

§ 108 Zulässigkeit der Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung

- (1) Der BHV erhebt, verarbeitet (speichert, verändert, übermittelt, sperrt und löscht) und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder, der Mitglieder seiner Mitglieder (im BHV Handballspielende) und Dritter, insbesondere Schiedsrichter, Zeitnehmer, Sekretäre, Mitarbeiter im Verband, Übungsleiter, Trainer und Vereinsmitarbeiter, unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen, soweit diese Daten für die Mitgliedschaft oder die Teilnahme an der Ausübung des Handballsports im BHV erforderlich sind oder wenn die Datenerhebung zur Wahrung der berechtigten Interessen des BHV im Sinne des § 3 erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass der Betroffene ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse am Ausschluss der Verarbeitung und Nutzung hat.
- (2) Zu den personenbezogenen Daten gehören u. a. Name, Geburtsdatum, Anschrift, Kommunikationsverbindungen, Bankverbindungen, Bankleitzahl, Kontonummer, Funktionen im Verein, Erwerb von Lizenzen (z. B. Übungsleiter), Leistungsergebnisse, Eintrittsdaten und Spielberechtigungserteilungsdaten.
- (3) ¹ Die Erhebung der Daten Dritter, also der an der Ausübung des Handballsports Beteiligten, kann auch unmittelbar bei dem Mitglied des BHV, dem Handballverein, erfolgen. ² Es ist Aufgabe des Vereins, seinem Mitglied mitzuteilen, dass und welche personenbezogenen Daten er an den BHV übermittelt hat.
- (4) ¹ Zur Erfüllung und im Rahmen der Verbandsaufgaben gemäß § 3, insbesondere der Organisation und Durchführung des Spielbetriebs sowie anderer Bereiche des Handballsports, erfasst der Verband die hierfür erforderlichen Daten, einschließlich personenbezogener Daten von Mitgliedern der ihm angehörenden Vereine. ² Die Nutzung dieser Daten ist nur mit Zustimmung des Präsidiums gestattet. ³ Der Verband kann diese Daten in zentrale Informationssysteme des deutschen Handballs einstellen. ⁴ Ein solches Informationssystem kann vom Verband selbst, gemeinsam mit anderen Verbänden, vom DHB, gemeinsam mit diesen oder von einem beauftragten Dritten betrieben werden.
- (5) Die Datenerfassung dient im Rahmen der vorgenannten Verbandszwecke vornehmlich
 - a) der Verbesserung und Vereinfachung der spieltechnischen und der organisatorischen Abläufe im Verband sowie im Verhältnis zum DHB und dessen Mitgliedsverbänden,
 - b) der Schaffung direkter Kommunikationswege zwischen Mitgliedern, Vereinen und Verband sowie zum DHB und dessen Mitgliedsverbänden und
 - c) der Erhöhung der Datenqualität für Auswertungen und Statistiken. ¹ Von den zur Erfüllung der Verbandszwecke gespeicherten Daten können Name, Titel, akademische Grade, Anschrift und Geburtsjahr, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu Werbezwecken im Interesse des Handballs, insbesondere des Verbandes, der ihm angehörenden Vereine und deren Mitglieder, genutzt werden, soweit die Betroffenen der Nutzung nicht widersprechen. ² Um die Aktualität der erfassten Daten zu gewährleisten, sind die Vereine verpflichtet, Veränderungen unverzüglich dem Verband oder einem vom Verband mit der Datenverarbeitung beauftragten Dritten mitzuteilen oder auf Verlangen des Präsidiums in Datenbanken selbst einzutragen und die Einträge zu pflegen. ³ Der Verband und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte sind bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten an die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes gebunden. ⁴ Sie stellen insbesondere sicher, dass die personenbezogenen Daten durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der unbefugten Kenntnisnahme Dritter geschützt werden und ausschließlich die zuständigen Stellen Zugriff auf diese Daten haben. ⁵ Dies gilt entsprechend, wenn der Verband ein Informationssystem gemeinsam mit dem DHB oder anderen Verbänden nutzt und betreibt. ⁶ Zugriffsrechte dürfen nur erteilt werden, soweit dies zur Erfüllung der Verbandszwecke notwendig oder aus anderen Gründen datenschutzrechtlich zulässig ist. ⁷ Der Verband und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte achten darauf, dass

bei der Datenverarbeitung schutzwürdige Belange der betroffenen Mitglieder berücksichtigt werden.

§ 109 Auskunftserteilung

Auf Antrag erteilt die Geschäftsstelle Auskunft über die über seine Person gespeicherten personenbezogenen Daten und über den Zweck ihrer Verwendung.

§ 110 Übermittlung von personenbezogenen Daten

- (1) Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte, insbesondere andere Verbände wie z. B. Regionalverband oder DHB, oder an ein Mitglied des BHV zur Wahrung des Satzungszwecks ist zulässig.
- (2) Die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten im Internet, gegenüber der Presse oder sonstigen Dritten bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Betroffenen.

§ 111 Datenschutzbeauftragter

Das Präsidium des BHV beruft einen Datenschutzbeauftragten und veröffentlicht dessen Namen und Erreichbarkeit im amtlichen Organ des BLSV oder in einem sonst dem Pflichtbezug der Vereine unterliegendem Druckwerk.

X. Schlussbestimmungen

§ 112 Haftung des Verbandes

Für Schäden, gleich welcher Art, die einem Mitglied, einem am Spielbetrieb Teilnehmenden, gleichgültig ob als Spieler, Schiedsrichter, Zeitnehmer, Sekretär, Trainer, Offizieller, Zuschauer oder in einer sonstigen Funktion oder einem Dritten aus der Teilnahme an den Verbandsveranstaltungen oder durch die Benutzung von Verbandseinrichtungen entstanden sind, haftet der Verband nur, wenn einem Organmitglied oder einer sonstigen Person, für die der Verband nach den Vorschriften des BGB einzutreten hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann.

§ 113 Auflösung des Verbandes

- (1) ¹ Die Auflösung des BHV ist nur durch Beschluss eines Verbandstages möglich. ² Der Antrag auf Auflösung muss auf der Tagesordnung stehen.
- (2) Die Auflösung muss mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen werden.
- (3) Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Verbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das vorhandene Vermögen an den BLSV, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke des Handballsports zu verwenden hat.

§ 114 Satzungsstreitigkeiten

- (1) ¹ Bei Streitfällen, die sich aus der Auslegung der Satzung ergeben, ist das Verbandsgericht in erster und letzter Instanz zuständig. ² Es kann von Verbandsorganen, Mitarbeitern des Verbands und Vereinen, soweit sie durch eine Entscheidung eines Organs oder eines Mitarbeiters des BHV beschwert sind, angerufen werden.

- (2) Das Verbandsgericht entscheidet in diesen Fällen in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.
- (3) Für das Verfahren und die Kostentragung sind die Vorschriften der Rechtsordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Niederschriften

¹Über alle Tagungen und Sitzungen sind Niederschriften zu erstellen. ²Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 116 Amtliche Bekanntmachungen

¹Amtliche Bekanntmachungen werden in dem regelmäßig erscheinenden amtlichen Organ des BLSV veröffentlicht. ²Sie können auch durch Rundschreiben / E-Mail an alle Vereine oder mittels elektronischem Vereinspostfach sowie auf der Internetseite des Verbandes bekannt gemacht werden. ³Bei Änderung der Ordnungen des DHB, die für den BHV verbindlich sind, genügt eine Hinweisbekanntmachung.

§ 117 Inkrafttreten

- (1) Im Innenverhältnis werden Satzungsänderungen mit Beschluss wirksam, im Außenverhältnis mit ihrer Eintragung ins Vereinsregister.
- (2) ¹Satzungsänderungen sind, soweit nichts anderes beschlossen wird, unverzüglich zur Eintragung bei dem zuständigen Registergericht anzumelden. ²Die Eintragung im Vereinsregister hat das Präsidium innerhalb eines Monats ab Eintragung auf der Internetseite des Verbandes zu veröffentlichen.
- (3) Alle anderen Beschlüsse treten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung in Kraft, sofern nicht ein anderer Termin ausdrücklich bestimmt wird.